

Arbeitskreis für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Sprecher

Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Leibniz Universität Hannover
Institut für Didaktik der Demokratie
Schlosswender Str. 1
30159 Hannover
T 0511 / 762-17449
Schmiechen-A@web.de

Stellv. Sprecher

Prof. Dr. Jochen Oltmer
Universität Osnabrück
Institut für Migrationsforschung
und interkulturelle Studien (IMIS)
FB 2: Neueste Geschichte
Neuer Graben 19/21
49069 Osnabrück
T 0541 / 969-4365
Fax 0541 / 969-4380
joltmer@uni-osnabrueck.de

Schriftführer

Oliver Schael
Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
T 0228 / 883-8010
Fax 0228 / 883-9204
oliver.schael@gmx.de

Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen



Rundbrief Nr. 26

Januar 2018

Inhalt

37. Arbeitskreistreffen am 4. November 2017 in Hannover

Tagung: Die ›langen‹ 1960er-Jahre in Niedersachsen und Bremen

RegularienS. 2

Tagung „Die ›langen‹ 1960er-Jahre in Niedersachsen und Bremen“

Alexander Kraus (Wolfsburg): Jugendprotest in der Wirtschaftswunderstadt oder die 68er Wolfsburgs. Eine visuelle SpurensucheS. 3

Ewgeniy Kasakow (Bremen): Bremer Schülerorganisation zwischen Interessenvertretung und ›Erwachsenenpolitik‹ in den 1960er- und 1970er-JahrenS. 4

Reiner Wolf (Osnabrück): Die anderen ›68er‹ – die Osnabrücker ›Junge Union‹ in bewegter ZeitS. 5

Philipp Kufferath (Bonn): Zwischen studentischem Protest, konservativer Gegenwehr und strukturellen Abhängigkeiten. Peter von Oertzen und die niedersächsische Hochschulpolitik 1970 – 1974S. 6

Steffen Sammler (Leipzig): Neues Wissen in Neuen Medien? Gesellschaftliche Debatte um und Praxis neuer Unterrichtsmodelle im Zeichen von Medien›revolution‹ und sozialem Wandel in den 1960er- und 1970er-JahrenS. 6

Olaf Gisbertz (Dortmund): ›Kistenmacher im Büßerhemd‹ – Architekturkritik als Gradmesser des gesellschaftlichen Wertewandels zwischen Moderne und Postmoderne in NiedersachsenS. 7

Regularien

Begrüßung

Im Vortragssaal des Historischen Museums Hannover fand am 4. November 2017 die 37. Zusammenkunft des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen statt. Die Veranstaltung befasste sich mit dem Thema „Die ›langen‹ 1960er-Jahre in Niedersachsen und Bremen“.

Genehmigung des Protokolls des 36. Arbeitskreistreffens (Rundbrief Nr. 25)

Zum Rundbrief Nr. 25, der in Kurzform die Referate und Diskussionen der 36. Sitzung des Arbeitskreises am 1. April 2017 zum Thema „Lager nach 1945“ dokumentierte, wurden keine Änderungswünsche oder Ergänzungen genannt. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

Nächste Tagungen des Arbeitskreises

Die Frühjahrstagung des Arbeitskreises wird sich mit den „Orten der Demokratie in Niedersachsen und Bremen“ beschäftigen. Dazu wird es wiederum einen Call for Papers geben. Die Beiträge können sich epochenübergreifend sowohl auf das 19. als auch auf das 20. Jahrhundert beziehen [Der Call for Papers ist mittlerweile veröffentlicht worden. Die 38. Arbeitskreistagung wird am 14. April 2018 im Neuen Rathaus Hannover stattfinden]. Die Themenstellung für die Herbsttagung des Arbeitskreises ist noch nicht festgelegt worden. Das Sprecherteam nimmt dazu gern Vorschläge für mögliche Themen und/ oder Referentinnen und Referenten entgegen.

Kurzvorstellung von Projekten, Publikationen und Tagungen

Christian Heppner machte auf die am 10./ 11. November 2017 im Neuen Rathaus Hannover stattfindende Öffentliche Tagung „Stadt und Sport in historischer Perspektive“ aufmerksam, die vom Stadtarchiv Hannover und vom Niedersächsischen Institut für Sportgeschichte e. V. organisiert wird.

Vom 13. Mai bis Ende August 2018 zeigt das Stadtmuseum Göttingen eine Sonderausstellung zur 68er-Bewegung in der südniedersächsischen Universitätsstadt. Simone Hübner, wissenschaftliche Kuratorin der Ausstellung, erläuterte, dass es neben einer kurzen Einführung in die Thematik und der Stadtentwicklung vorrangig um die Proteste und Demonstrationen in Göttingen, ausgelöst durch lokale, nationale und internationale Ereig-

nisse gehen soll. Es ist vorgesehen, die Themen Kultur, Musik, Lebensformen mit kurzen Einblicken zu beleuchten und auf Personen und Ereignisse der Zeitgeschichte kurz zu verweisen. Im Begleitprogramm zur Ausstellung sollen kulturelle, politische, gesellschaftliche und musikalische Themenbereiche erläutert werden. In Kooperation bietet das „YLAB – Geisteswissenschaftliches Schülerlabor der Georg-August-Universität“ Workshops zur 68er-Bewegung an.

Im „Kommunikationszentrum Alte Polizei“ in Stadthagen organisiert die Schaumburger Landschaft in Kooperation mit der Leibniz Universität Hannover und dem Förderverein Ehemalige Synagoge Stadthagen am 22./ 23. Februar 2018 die wissenschaftliche Tagung „›1968‹ – gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande“. Lu Seegers führte aus, dass die Veranstaltung untersuchen möchte, welche gesellschaftlichen Nachwirkungen die sogenannte Studentenrebellion im ländlichen Raum respektive in Niedersachsen und Schaumburg in den 1970er- und 1980er-Jahren gehabt hat.

Julia Speckmann machte darauf aufmerksam, dass die Studierenden der kulturwissenschaftlichen Studiengänge der Universität Hildesheim voraussichtlich im Sommer 2018 ein Projektsemester zum Oberthema „1968“ durchführen werden. In Zusammenarbeit mit dem Forum Architektur der Stadt Wolfsburg werden sich die Studierenden dabei mit verschiedenen Plätzen im Wolfsburger Stadtraum beschäftigen.

Vom 12. August bis zum 30. September 2018 wird in den Räumen des „StadtGalerieCafés“ (Große Gildewart 14, Osnabrück) die Ausstellung „›68‹ in der Provinz. Osnabrück in bewegter Zeit“ (so der bisherige Arbeitstitel) zu sehen sein. Reiner Wolf führte aus, dass in diese Ausstellung die Erkenntnisse eines Buchprojektes mit dem gleichen Titel einfließen werden. Ein umfangreiches Begleitprogramm ist geplant.

Jochen Oltmer verwies darauf, dass noch bis zum 1. Juli 2018 im Bremer Focke-Museum die Ausstellung „Protest + Neuanfang, Bremen nach `68“ zu sehen ist. Im Fokus steht dabei der gesellschaftliche Wandel auf der lokalen Ebene zwischen den Bremer Straßenbahnunruhen 1968 und der Schließung der Großwerft AG Weser im Jahr 1983.

Tagung „Die ›langen‹ 1960er-Jahre in Niedersachsen und Bremen“

ALEXANDER KRAUS (Wolfsburg) thematisierte in seinem Vortrag **„Jugendprotest in der Wirtschaftswunderstadt oder die 68er Wolfsburgs. Eine visuelle Spurensuche“** einen besonderen 68er-Moment in Wolfsburg: den Beginn der Aufarbeitungsgeschichte der NS-Zeit in der Stadt am Mittellandkanal. In einem Dreischritt aus antimilitärischem Protest während einer Vertheidigung von Bundeswehrsoldaten, der Übergabe einer Resolution an den Oberbürgermeister Hugo Bork und der Pflege der Gräber jener Toten, die in der NS-Ideologie als „rassisch-minderwertig“ angesehen wurden, setzten vier Jugend-

gruppen aus Wolfsburg ein markantes Zeichen. Mit ihrer dreiteiligen Protestaktion setzten die Jugendlichen einen lebhaften innerstädtischen politischen Diskussionsprozess in Gang. Der Stern-Fotograf Robert Lebeck, der aus Anlass des 30-jährigen Stadtjubiläums vor Ort war, begleitete die konzertierte Protestaktion fotografisch über beide Tage hinweg, doch blieben seine Fotografien bislang unentdeckt.

Inwiefern sich die Protestaktion der Wolfsburger Jugendlichen in die durch den Sozialwissenschaftler Werner Lindner vorgenommene Charakterisierung jugendlicher Proteste der 1960er-Jahre einfügt, die dieser als „Phänomene spontaner, affektiv, kurzfristig und radikal angelegter Grenzüberschreitungen“ umschrieben hat, ist zu diskutieren. Bei genauer Analyse erscheint sie eher als das Gegenteil: als absichtsvolle, wohlüberlegte, konzertierte Aktion mit durchaus provokativen Potenzial, die sich jedoch nicht in bloßer – durchaus legitimer – Abwehr und Ablehnung erschöpfte, sondern zugleich ein tatkräftiges Zeichen setzte. Dass die Protestaktion durchaus radikal war, zeigen die heftigen Reaktionen, die sie auslösten. Mit ihren trotz Beleidigungen und körperlicher Gewalt konsequent umgesetzten Protesten wurde die politisierte, theorieaffine Jugend Wolfsburgs zu einem aktiven Akteur des beginnenden gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses der viel beschworenen ›unbewältigten Vergangenheit‹. Versprachen sich die städtischen Organisatoren des 30-jährigen Stadtjubiläums zunächst einfach, mit den Feierlichkeiten einen Beitrag dazu zu leisten, „die aus allen Teilen Deutschlands stammenden Bürger dieser Stadt zusammenzuführen, um ihr Gemein-Bewußtsein zu fördern und zu stärken“, so brachen sich just während dieser Tage innerstädtische Konflikte Bahn – aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen dessen, wie das Gemeinbewusstsein aufgefasst werden solle. Robert Lebecks Fotografien bekräftigen eine bedeutende Position Lindners: Sie zeigen, wie sehr das „Etikett ›Studentenbewegung‹“ für die 68er-Bewegung „eine Reduktion dar[stellt], die andere Beteiligte [...] ausblendete“; in diesem konkreten Fall die geschichtlich und politisch reflektierte Jugend der Wirtschaftswunderstadt im Zonenrandgebiet.

EWGENIY KASAKOV (Bremen) befasste sich anschließend mit der „**Bremer Schülerorganisation zwischen Interessenvertretung und ›Erwachsenenpolitik‹ in den 1960er- und 1970er-Jahren**“. Obwohl den Aktivitäten der Schüler im Rahmen der Forschung zur westdeutschen „1968-Protestwelle“ wesentlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde als denen der Studierenden, bildeten die Schulen ein wichtiges Praxisfeld sowohl für die Protestbewegung als auch für ihre Gegner. Gerade in Bremen, wo es 1968 noch keine Universität und dementsprechend keine starke Studierendenbewegung gab, bildeten die Schüler die Speerspitze der „Außerparlamentarischen Opposition“. Die „Straßenbahnunruhen“ bildeten den Höhepunkt des „Protestjahres“ 1968 in Bremen und unterschieden sich von den von Studierenden dominierten Protestereignissen in Berlin oder Frankfurt dadurch, dass es zu einer breiten Solidarität aus der Bevölkerung mit den Demonstrierenden kam. Dabei ging es nicht nur um den unmittelbaren Anlass – die Erhöhung der Fahrkartenpreise –, sondern auch um die Funktion der Schülermitverantwortung (SMV), die unter dem Druck der Proteste allmählich zur Schüler selbstverwaltung (SV) umgewandelt wurde. Gerade an der Situation im Land Bremen lassen sich die Probleme der Wechsel-

wirkung der alten (Politischer Arbeitskreis Oberschulen, Arbeitsgemeinschaft Bremer Schülerringe) und der neuen (Unabhängiger Schülerbund) Schülerstrukturen aufzeigen. Schließlich wurde die Legitimität des politischen Wirkens der Schüler durch die Institutionalisierung einer SV-Struktur auf der Landesebene – der Gesamtschülervertretung (GSV) – befördert. Die GSV bot in den folgenden Jahren mit einer von der Bildungsbehörde bezahlten Infrastruktur für viele politische Schülerorganisationen eine verlockende Möglichkeit, ihre Arbeit zu professionalisieren. Zu den alljährlichen Wahlen des GSV-Vorstands traten parteiähnlichen Listen an, von denen einige von den Jugendorganisationen der Parteien (SPD, CDU, DKP, „K-Gruppen“) gegründet wurden, während andere originäre Produkte der Schüleraktivitäten waren. In die Bahn der politischen Auseinandersetzungen geriet auch die Landesorganisation der Schülerzeitungen, die Bremer Jugend-Presse (BJP), die sich schließlich spaltete.

Über „**Die anderen ›68er‹ – die Osnabrücker Junge Union in bewegter Zeit**“ referierte nachfolgend **REINER WOLF** (Osnabrück): Ende des Jahres 1967 – Osnabrück war noch keine Universitätsstadt – gründete eine Handvoll GymnasiastInnen einen lokalen Ableger des SDS-nahen Unabhängigen und Sozialistischen Schülerbundes (USSB). Damit wurde auch in der westniedersächsischen Provinzmetropole jener politisch formulierende Widerspruchgeist öffentlich sichtbar, der unisono mit einem Aufbegehren „der Jugend“ gleichgesetzt wurde. Diese relativ kleine Gruppe radikal-linker Jugendlicher lässt sich als Teil einer bundesweiten Jugendleitkultur begreifen, zu welcher sich alle Angehörigen der entsprechenden Altersgruppen gezwungen sahen, sich zu positionieren.

Für die Junge Union (JU) stellte dies eine schwierige Aufgabe dar. Um 1967/68 war es der Nachwuchsorganisation der CDU kaum möglich, offen als legitime Interessenverwalterin ihrer unruhigen Generation aufzutreten; ihr Image und das ihrer Mutterpartei widersprachen dem diametral. Um so mehr war die Osnabrücker JU darum bemüht, das neuerliche Interesse an Politik innerhalb der SchülerInnenenschaft aufzugreifen und jenen Teilen, die sich nicht hinreichend von der USSB als Avantgarde „der Jugend“ repräsentiert fühlten, eine Heimstatt zu bieten. Sie gründete und förderte Zusammenschlüsse, welche organisatorisch unabhängig von ihr agierten und bereits vom Namen her nicht unmittelbar auf eine Nähe zur JU schließen ließen.

Für die JU selbst wurde ebenfalls Anpassungsbedarf erkannt: Analog zu entsprechenden Entwicklungen auf Bundes- wie auf Landesebene vollzog die Osnabrücker JU einen Wandel ihres Selbstverständnisses wie ihrer politischen Positionierung. Sie verstand sich zunehmend als Innovationsinstanz der CDU und drängte ihre Mutterpartei dazu, sich zu einer zukunftsfähigen Mitgliederpartei zu entwickeln, welche in der Lage sei, über ihr angestammtes Klientel hinaus bislang vernachlässigte Wählerschichten anzusprechen (Frauen, Arbeitnehmer u. a.).

Distinktionsbemühungen innerhalb der linken Jugendleitkultur führten diese in immer abstraktere und radikalere Theoriedebatten. Daran konnte die JU anknüpfen und ihr Profil als politischer Jugendverband mit größerer Nähe zu jugendlichen Lebenswelten schärfen. Eine damit einhergehende Schwächung linker Meinungsdominanz innerhalb der nach-

wachsenden Jahrgänge führte zu einer sukzessiven „Rehabilitierung“ des Unions-Nachwuchses. 1973 konnte die JU in Osnabrück den Ortsverband einer Schülerorganisation gründen, die bereits im Namen keinen Zweifel an einer engen Bindung zur Jungen Union ließ. Die Schüler Union konnte auf Anhieb über 40 Mitglieder an sich binden – ein Vielfaches der Mitgliederzahl des Osnabrücker USSB zu seinen besten Zeiten.

In seinem nach der Mittagspause gehaltenen Vortrag mit dem Titel **„Zwischen studentischem Protest, konservativer Gegenwehr und strukturellen Abhängigkeiten. Peter von Oertzen und die niedersächsische Hochschulpolitik 1970 – 1974“** betonte **PHILIPP KUFFERATH** (Bonn), dass ab 1969 in der Bundesrepublik grundlegende bildungspolitische Strukturreformen auf den Weg gebracht wurden. Die Länder standen dabei vor der Herausforderung, sich einerseits über nationale Rahmengesetze und bundesweite Kommissionen auf Gemeinsamkeiten zu verständigen und andererseits die landespolitischen Kompetenzen auszuschöpfen und den spezifischen lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. In Niedersachsen hatte sich eine sozialdemokratische Alleinregierung unter Alfred Kubel ab 1970 weitreichende Reformen im Schul- und Hochschulbereich vorgenommen, die nur gegen den Widerstand der konservativen Opposition durchzusetzen waren. Gleichzeitig artikulierte eine selbstbewusste studentische Protestbewegung radikalere Forderungen und stieß dabei auf eine vehemente Verteidigungshaltung vieler Ordinarien. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich eine polarisierte gesellschaftliche Debatte über die Ziele der Bildungspolitik, in der Peter von Oertzen als niedersächsischer Kultusminister und linker sozialdemokratischer Vordenker oft im Zentrum stand. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelang es, sichtbare und nachhaltige Akzente in der Bildungspolitik zu setzen. Insbesondere auf dem Feld der Hochschulpolitik konnte von Oertzen sowohl durch die Erweiterung und den Neubau von Universitäten als auch durch die Berufung von Wissenschaftlern und den Ausbau des Mittelbaus grundlegende Modernisierungen voranbringen, wenngleich dies dem Land sehr hohe Ausgaben abverlangte. Die moderate Auslegung des „Radikalerlasses“ und mehr noch das „Vorschaltgesetz“ zur Mitbestimmung in der Wissenschaft zogen in Niedersachsen kontroverse Stellungnahmen, Proteste und juristische Auseinandersetzungen nach sich, bei denen von Oertzen einige Rückschläge zu verarbeiten hatte.

STEFFEN SAMMLER (Leipzig) sprach im Folgenden über **„Neues Wissen in Neuen Medien? Gesellschaftliche Debatte um und Praxis neuer Unterrichtsmodelle im Zeichen von Medienrevolution und sozialem Wandel in den 1960er- und 1970er-Jahren“**. Seit dem Ende der 1950er-Jahre verdichteten sich die Initiativen von Wirtschaftsverbänden, Elternvertretungen und Medienmachern, neue Medien (vor allem in Gestalt des Schulfernsehens) stärker in den schulischen Unterricht einzubinden. Sie gingen zunächst von einer medienpädagogischen Perspektive aus, welche die SchülerInnen mit den Kulturtechniken der neuen Medien- und Informationsgesellschaft vertraut machen wollte. Sehr schnell traten jedoch jene Potenziale des Schulfernsehens in den Vordergrund, die die Praxis der Wissensvermittlung in der Schule radikal zu verändern und damit die Voraus-

setzungen für die Gestaltung einer wissenschaftlich-technischen Zivilisation durch die zukünftigen Generationen zu schaffen versprochen. In den 1960er-Jahren wurde diese Frage dann in immer stärkerem Maße mit der Demokratisierung der schulischen Bildung selbst verknüpft.

Der niedersächsische Raum bot dafür in den „langen 1960er-Jahren“ ein Experimentierfeld, dessen Resultate vor allem in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre besonders erfolgsversprechend und zukunftsweisend zu sein schienen.

Die Schulversuche und die Einführung der Orientierungsstufe als für alle Schulformen verbindliche Struktur gemeinsamen Lernens der Klassen 5 und 6 schufen günstige Voraussetzungen für die Erarbeitung fächerübergreifender Curricula, die den Einsatz von neuen Medien und neuen Unterrichtsmodellen förderten. Die von der SPD-Regierung und ihrem Kultusminister Peter von Oertzen geforderte und geförderte Demokratisierung der schulischen Bildung und ihres Medieneinsatzes führten zu Beginn der 1970er-Jahre dazu, dass eine breite Interessenkoalition aus Bildungspolitik, LehrerInnen, Eltern und staatlichen und privaten MedienproduzentInnen die Produktion von neuen Bildungsmedien förderte und betrieb.

Der Blick auf die Produktion von Medienverbänden zur Politischen Bildung macht die Veränderungen in der Wahl der Themen und Interpretationen von politischer Partizipation, Wirtschaftsdemokratie oder Geschlechterverhältnis ebenso deutlich wie die darin angeregte Demokratisierung des Unterrichtsgeschehens selbst.

Die Perspektive der „langen 1960er-Jahre“ gestattet es, nachzuzeichnen, wie die Debatte um die Bildung für die technisch-industrielle Welt in immer stärkerem Maße verbunden und verändert worden ist durch die Verknüpfung mit der Initiative zur Demokratisierung der schulischen Bildung als Grundlage einer sozialen Demokratisierung der Gesellschaft. Die Frage nach Zeitpunkt und Ursache der „Auflösung“ der skizzierten Interessengemeinschaft von Bildungspolitik, Eltern, LehrerInnen und MedienproduzentInnen seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre lässt sich dagegen schwerer beantworten. Es scheint daher ein spannender Ansatz zu sein, kulturellen Aufbrüchen ebenso wie dem „Ende des Optimismus“ im gesellschaftlichen Kontext intensiver nachzuspüren.

Unter dem Titel **„Kistenmacher im Büßerhemd – Architekturkritik als Gradmesser des gesellschaftlichen Wertewandels zwischen Moderne und Postmoderne in Niedersachsen“** ging abschließend **OLAF GISBERTZ** (Dortmund) der Frage nach, welche Prozesse der Meinungsbildung durch architekturelevante Medien im gesellschaftlichen Umbruchjahrzehnt zwischen 1965 und 1975 in Gang gesetzt und beschleunigt wurden.

In diesem Jahrzehnt ist das zeitgenössische Bauen zwischen Wiederaufbau, International Style und Brutalismus – besonders in Niedersachsen als ein Epizentrum der bundesdeutschen Architekturmoderne – schnell ins Hintertreffen geraten. Galt den Medien die von einem Netz von Verkehrsstraßen durchmessene Stadt Hannover 1959 noch als „Wallfahrtsziel von Architekten, Verkehrsingenieuren und ganzen Delegationen in- und ausländischer Städtebauer“, sind dieselben Akteure des Bauens nur 10 Jahre später als „Kistenmacher im Büßerhemd“ öffentlich gebrandmarkt worden. Dazwischen liegt ein Jahrzehnt,

in dem die Debatten um zukunftsweisende Konzepte in Architektur und Städtebau eine enorme Wendung vollzogen haben. Gingen dem Wandel der gesellschaftlichen Werte die Szenarien der Soziologie voraus, formierte sich die Architekturkritik sukzessive als Instrumentarium der Meinungsbildung durch vor allem publikumswirksame Medien. Im Europäischen Denkmalschutzjahr begründeten die Worte von Bundespräsident Walter Scheel schließlich den Mythos von einer „2. Zerstörung“, dass die Nachkriegsmoderne in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg mehr historische Bausubstanz zerstört habe, als die alliierten Fliegerbomben während des Krieges: „Unsere Städte und Dörfer stehen in Gefahr, gesichts- und geschichtslos zu werden. Sie drohen unorganischer, häßlicher, unpersönlicher zu werden.“ Ehemalige Vorbilder für das zeitgenössische Bauen wandelten sich so binnen weniger Jahre zu Gegenbildern. Die Tendenzen der Moderne und Postmoderne konnten so leicht gegeneinander ausgespielt werden. Die tiefe Skepsis der damaligen Meinungsbildner gegenüber den als uneingelöst empfundenen Utopien der Moderne und Nachkriegsmoderne bestimmt bis heute den öffentlichen Diskurs, wenn es um Erhaltung und Fortschreibung jener Moderne um 1968 geht.